

# >> kvvi vogelsang institut

## InstitutsMitteilungen 5/2022

### Ignaz Seipel und die Christlichsoziale Vorstandssitzung zur Regierungsbildung am 29. Mai 1922

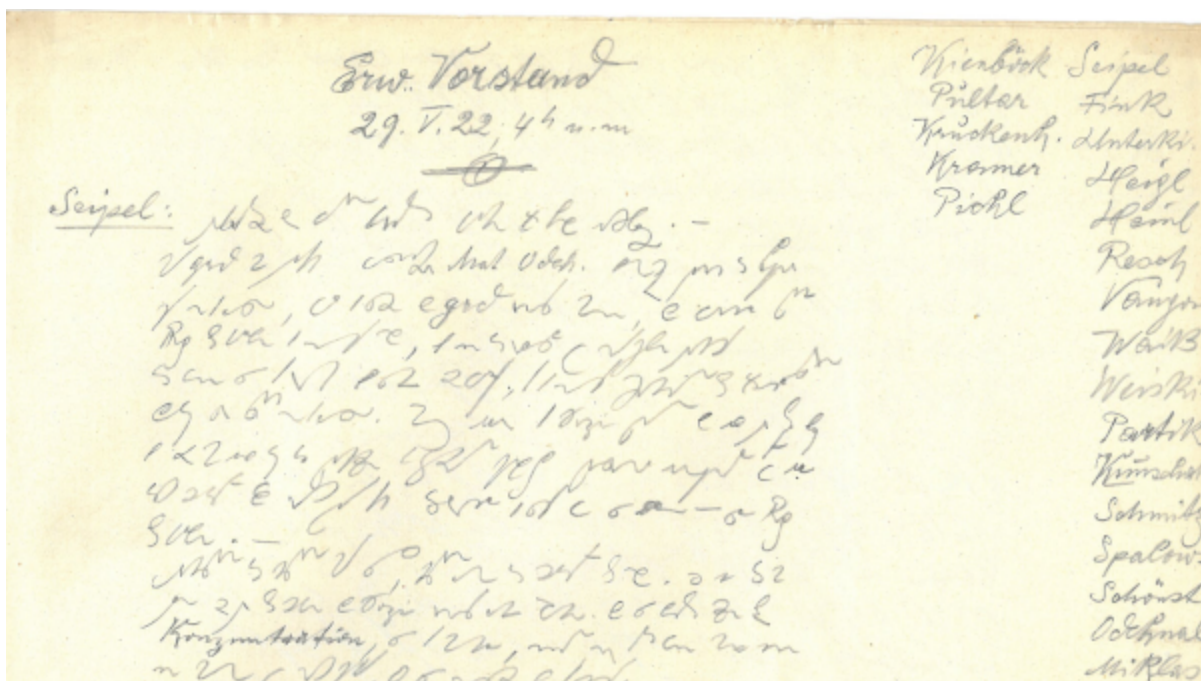
Univ.-Prof. i.R. Dr. Lothar Höbelt

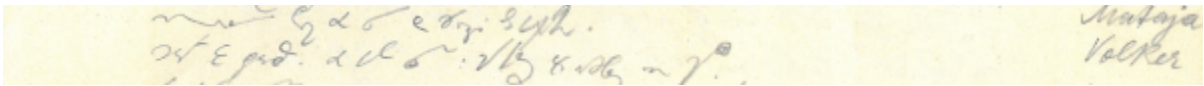
Sehr geehrte Damen und Herren!  
Liebe Freunde des Vogelsang-Instituts!

Im Mai 2022 jährt sich zum einhundertsten Mal die Übernahme der Regierungsverantwortung durch Bundeskanzler Prälat Univ.-Prof. Dr. Ignaz Seipel. Die Notwendigkeiten, vor denen Seipel stand, zwangen ihn in kürzester Zeit Entscheidungen innerhalb der Christlichsozialen Partei zu treffen und auch volkswirtschaftliche Weichenstellungen vorzunehmen, die Österreich in der Tragweite ihrer Konsequenzen nachhaltig bestimmen sollten.

Wir danken Herrn Univ.-Prof. i.R. Dr. Lothar Höbelt für die Analyse, Würdigung und historische Kritik dieser Entwicklung. Lothar Höbelt ist einer der besten Kenner der österreichischen Geschichte und seiner Quellen. Erst damit ist die Forschung in der Lage, die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen, jedoch auch die besonderen Verhältnisse in den österreichischen Parteien und ihrer Protagonisten umfassend zu reflektieren.

Das Team des Karl Vogelsang-Instituts





## Kommentar

Die Regierung Seipel wurde am 31. Mai 1922 gewählt. Seipel spielte selbstironisch darauf an, die Sozialdemokraten hätten so oft den – er möchte, da es sich um seine Person handle, nicht gerade sagen: den Teufel – an die Wand gemalt. Jetzt sei er endlich da. Dahinter stand nicht bloß Koketterie, sondern die Verwirklichung eines Grundsatzes, der in der Logik der neuen Verfassung von 1920 angelegt war: Die Parlamentarisierung des Kabinetts. Nicht mehr der Kaiser sollte eine Regierung ernennen, am besten eine Beamtenregierung über den Parteien (und Nationalitäten), die sich von Fall zu Fall ihre Mehrheiten im Abgeordnetenhaus suchte, allenfalls auf eine lockere „Arbeitsmehrheit“ gestützt, sondern in der Regierung selbst sollten die führenden Köpfe der Mehrheitsparteien vertreten sein, die durch eine feste Koalition miteinander verbunden waren. Dieser „Bürgerblock“ umfasste sämtliche nicht-sozialistische Parteien: In erster Linie Christlichsoziale und Großdeutsche, aber auch der Landbund und die Bürgerliche Arbeitspartei (im Nationalrat vertreten durch den ehemaligen Außenminister Graf Ottokar Czernin) wählten das Kabinett Seipel mit.

Die Großdeutsche Volkspartei hatte sich lange geziert, in die Regierung einzutreten. Doch insbesondere die Oberösterreicher mit Dinghofer und Langoth hatten sich schon seit geraumer Zeit dafür ausgesprochen. Letzter Anstoß dafür war die Empörung über Bundeskanzler Schober, der mit der Tschechoslowakei den Vertrag von Lana abgeschlossen und damit nach Meinung eines Teils der Partei die Sudetendeutschen preisgegeben hatte. Die Oberösterreicher setzten ein stillschweigendes Junktum durch: Schober musste tatsächlich gehen, dafür trat die Partei ohne Wenn und Aber in die nächste Regierung ein. Ihr Grazer Parteitag im Mai ratifizierte diese Entscheidung mit überraschend großer Mehrheit. Die bisherigen Minderheits- und Beamtenkabinette (Mayr und Schober), wie sie seit 1920 die Geschäfte geführt hatten, wurden erstmals durch eine feste Koalition abgelöst, die sich am Sanierungsprogramm orientierte, das Seipel – zunächst bewusst nur als Privatmeinung – am 26. Mai in der ‚Reichspost‘ veröffentlicht hatte.

Die Sozialdemokraten, die seit ihrer Wahlniederlage im Oktober 1920 eine Regierungsbeteiligung ablehnten, hielten die Bildung des „Bürgerblocks“ für eine logische Folge ihrer Entscheidung. Sie hofften zwar einen gewissen Einfluss zu behalten. Schon 1920 hatten sie ihre Zusage, keinerlei „Sabotage“ zu betreiben, mit der Forderung verknüpft, dass die Bürgerlichen keines der ihnen wichtigen Gesetze rückgängig machten. (So berichtete es Seipel den Großdeutschen in einer Besprechung am 5. Nov. 1920.) Über die Reform des Mieterschutzes wurde z.B. das ganze Jahr 1922 über verhandelt, vor und nach der Bildung der Regierung Seipel. Die Sozialdemokraten rechneten sich auf der anderen Seite nicht zu Unrecht gewisse Chancen aus, von den Reibungsverlusten der bürgerlichen Koalition zu profitieren, wie sich an Hand der Debatten über die „Genfer Sanierung“ im Herbst 1922 ablesen lässt: Würden die Deutschnationalen die Vorgaben der internationalen Finanz so ohne weiteres schlucken? Würden die Städter in der Frage der Lastenverteilung gegen die Front der mächtigen Agrarier aufbegehren?

Die Momentaufnahme der Sitzung des Klubvorstandes der christlichsozialen Abgeordneten achtundvierzig Stunden vor der Wahl des Kabinetts wird vom Bericht Seipels dominiert – und von den Personalfragen, nicht zuletzt von den Überlegungen, ob es nicht möglich sei, Schober als Minister doch noch weiter einzubeziehen. (Das Resultat war: Schober wurde zumindest eine Art Vetorecht über die Besetzung des Innenressorts zugestanden, damit er unter dessen nomineller Leitung auch weiterhin die Führung der Polizei übernahm.) Hervorzuheben ist, dass sich Seipel bei den Großdeutschen z.B. den ehemaligen Eisenbahners Straffner als Verkehrsminister wünschte, der dort sichtlich als der sprichwörtliche Wilderer tätig sein sollte, der einen besonders guten Wildhüter abgibt.

Oft missverstanden wurde auch die Berufung des niederösterreichischen Landesrates Grafen August Segur als Finanzminister: Dabei ging es nicht um die Suche nach einem Virtuosen der Hochfinanz, denn die Kreditverhandlungen in Genf führten Kanzler und Außenminister, sondern um einen „Steher“, der in der Lage war, die notwendigen Ersparungsmaßnahmen auch tatsächlich umzusetzen. In dieser Hinsicht enttäuschte Segur seine Kollegen nicht, im Gegenteil: Er war mehrfach bereit, lieber sein Amt zur Verfügung zu stellen als das Programm zu verwässern. Ein Diplomat zollte Segur das Kompliment, er sei ein „Büffel“. Für die Ernennung Segurs setzten sich in der Klubsitzung am 30. Mai dann auch ganz besonders die niederösterreichischen Agrarier ein.

Zweifel geäußert wurden u.a. von Kunschak, mit dem Hinweis, Segur sei ein kranker Mann. Tatsächlich erlitt er dann im November 1922, mitten in den Debatten um die Genfer Sanierung, einen gesundheitlichen Zusammenbruch. Seipel widmete ihm bei der Gelegenheit einen „Nachruf“, der weit über konventionelle Formeln hinausging.

Eine Änderung ergab sich im Ackerbauressort. Hier hatte Seipel den Oberösterreichler Fördermayr vorgeschlagen. Gewählt wurde dann jedoch schließlich der Niederösterreichler Buchinger. Seipel, der mit seinem Blitzstart an die Spitze der Christlichsozialen Partei 1919-21 beinahe als „Quereinsteiger“ betrachtet werden konnte, wusste das glatte Wiener Parkett souverän zu beherrschen, innerhalb und außerhalb seiner Partei. Die einzige Gruppe, die er mit Vorsicht behandeln musste, waren die „Agrarier“, hinter denen die Mehrheit der christlichsozialen Wähler stand – und die sich ihre Distanz zur Parteiführung bewahrten. Dennoch waren es nicht die Niederösterreichler, die Fördermayrs Wahl verhinderten, sondern der Landbund, der Fördermayr nicht genügend Durchschlagskraft zutraute: Er sei „nicht scharf genug, wie alle Oberösterreichler“. Seipel legte besonderen Wert darauf, dass sich alle nicht-sozialistischen Parteien zusammenschlossen. Er trug den Bedenken des Landbunds deshalb Rechnung.

Eine bezeichnende Kontroverse entspann sich im Klub am 30. Mai dann auch noch über die Besetzung des Handelsministeriums, die im Vorstand noch offen gelassen worden war. Minister sollte der großdeutsche Grazer Kaufmann Emil Kraft werden, der seit langem als entschiedener Befürworter einer Allianz mit den Christlichsozialen galt. Dagegen erhob sich bei den christlichsozialen Gewerbetreibenden ein Sturm der Empörung, nicht weil man Kraft in der Sache nicht traute, sondern im Gegenteil: Gerade jetzt, wo man endlich daran gehen könne, eine dezidiert bürgerliche Politik zu betreiben, sollte die Früchte doch nicht ein Rivale ernten, sondern der Christlichsoziale Eduard Heini, 1921 schon einmal für einige Monate Handelsminister. In dieser Frage blieb Seipel letztendlich hart: Er habe für die Christlichsozialen das für sie so zentrale Unterrichtsministerium durchgesetzt; wenn die Großdeutschen auf dem Handel bestünden (und nicht bereit wären, z.B. gegen Verkehr oder Heerwesen zu tauschen), so würde er nachgeben: „Etwas muss man ihnen geben.“ Die Weichenstellung erwies sich als nachhaltig: Das Handels- und das Justizressort blieben die beiden klassischen großdeutschen Ministerien der Zwischenkriegszeit.

Ein von den Ausgangspositionen her keineswegs so selbstverständlicher Gleichklang zeichnete sich gerade in diesen Jahren zwischen Seipel und dem Bregenzer Wälder-Bauern Jodok Fink ab, der als Klubobmann eine wichtige Rolle spielte. Aus Vorarlberg war Landeshauptmann Otto Ender damals schon immer wieder als Kanzlerkandidat im Gespräch, das „Ländle“ war im Kabinett schließlich mit Ernst Schneider vertreten, der als Unterrichtsminister fungierte, nachdem der spätere Bundespräsident Wilhelm Miklas abgelehnt hatte.

Apropos Länder: Fünf von den acht Christlichsozialen (Seipel, Schmitz [Soziales], Odehnal [Verkehr], Vaugoin [Heer] und der formell parteiunabhängige Diplomat Grünberger) und zwei von den schließlich doch drei Großdeutschen (Innenminister Frank und Justizminister Waber) waren in Wien beheimatet. Dazu kamen bei den Christlichsozialen zwei Niederösterreichler (Buchinger und Segur), bei den Großdeutschen ein Grazer (Kraft), vor dem Krieg Abgeordneter für Bozen und Meran. Der „Westen“ war nach dem Ausscheiden Fördermayrs mit Ausnahme des Vorarlbergers Schneider nicht vertreten. Er sollte dann ab 1924 im „Länderkabinett“ Ramek (Salzburg) - Ahrer (Steiermark) seine „Revanche“ feiern. Bezeichnend für die Nachwehen des „alten Österreich“ war allerdings auch: Die Mehrzahl der „Wiener“ waren gebürtige Sudetendeutsche. Nicht weniger als vier Regierungsmitglieder (Odehnal, Schmitz, Waber und Segur) waren in Mähren geboren worden, das damit von allen Kronländern in gewisser Weise am besten vertreten war, Grünberger im böhmischen Karlsbad.

[>> zur Quelle](#)

[>> zum Transkript](#)

[Abmelden](#)   [Impressum](#)   [Datenschutz](#)

Karl v. Vogelsang-Institut  
Tivoligasse 73  
1120 Wien

Telefon: +43 1 813 42 11-86

E-Mail: [kvvi@kvvi.at](mailto:kvvi@kvvi.at)